

Nutzung der Überwachungssoftware Palantir in NRW beenden

Antragsteller\*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Status: Unterstützer\*innen sammeln

## Antragstext

- 1 1. Die LDK NRW fordert die Landesregierung auf, den Einsatz der Palantir-  
2 Software durch alle Landesbehörden – insbesondere die Polizei – mit  
3 sofortiger Wirkung zu beenden.
- 4 2. Die LDK NRW fordert die grüne Landtagsfraktion auf, unverzüglich die Arbeit  
5 an einer verfassungskonformen Neugestaltung der §§ 32a–32d PolG NRW  
6 (automatisierte Datenanalyse) zu beginnen, die:
  - 7 • keine rechtswidrige Datenanalyse mehr ermöglicht,
  - 8 • strenge Anonymisierungs- und Pseudonymisierungspflichten vorschreibt,
  - 9 • unabhängige Kontrollmechanismen verankert,
  - 10 • europäische Alternativen priorisiert.

## Begründung

Die Landesdatenschutzbeauftragte NRW, Bettina Gayk, hat den Einsatz von Palantir in NRW in mehreren Stellungnahmen als rechtswidrig und verfassungsrechtlich bedenklich eingestuft:

- „Die vorgesehene Regelung begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken.“
- „Es existiert keine spezifische Rechtsgrundlage für die Verwendung der DAR-Software von Palantir.“
- „Die Ausnahmen von der Anonymisierungs- und Pseudonymisierungspflicht führen in der Praxis zu keiner Einschränkung.“
- „Die Nutzung von nicht-anonymisierten oder -pseudonymisierten Daten muss gänzlich ausgeschlossen werden.“

Die Software wird ohne ausreichende rechtliche Absicherung genutzt und ermöglicht unzulässiges Data-Mining – ein eindeutiger Verstoß gegen §27 Abs. 5 DSGVO-NRW. Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) hat bereits Verfassungsbeschwerde gegen den Palantir-Einsatz in NRW eingereicht.

Die §§ 32a–32d PolG NRW (automatisierte Datenanalyse) sind die Rechtsgrundlage für Palantir – doch sie sind lückenhaft, intransparent und verfassungswidrig. Trotz interner Warnungen hat die Grüne Landtagsfraktion NRW gemeinsam mit der CDU der Nutzung zugestimmt – insbesondere für die

Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität. Als Grüne tragen wir hier Mitverantwortung und müssen handeln:

- Keine Kompromisse bei Grundrechten: Die aktuelle Praxis widerspricht unseren eigenen Forderungen nach digitaler Souveränität und Datenschutz.
- Transparenz und Kontrolle: Die Neuregelung muss klare Grenzen für Datenanalyse setzen und unabhängige Kontrollen garantieren.
- Europäische Alternativen: Wir müssen den Ausstieg aus Palantir bis spätestens 2027 gesetzlich verankern und europäische Lösungen fördern.

Palantir ist kein neutraler Tech-Anbieter – es ist ein politisches Projekt mit gefährlicher Agenda. Das jüngste Manifest von Palantir-CEO Alex Karp offenbart eine tief antidemokratische und militaristische Firmenphilosophie, die mit unseren Grünen Werten unvereinbar ist:

- Kulturelle Hierarchisierung: Palantir behauptet, manche Kulturen seien anderen „unterlegen“ – ein offener Angriff auf den pluralistischen Rechtsstaat und die Gleichheit aller Menschen.
- Militarisierung und Überwachung: Das Manifest fordert einen „verpflichtenden Nationaldienst“ und die Entwicklung autonomer KI-Waffen. Palantir sieht sich in der Pflicht, Militär und Geheimdienste mit Technologie zu unterstützen, und postuliert: „Die Frage ist nicht, ob KI-Waffen gebaut werden, sondern wer sie baut und zu welchem Zweck“.
- Techno-Faschismus: Kritiker wie der Technologiephilosoph Mark Coeckelbergh bezeichnen die Position von Palantir als „Technofaschismus“. Das Unternehmen propagiert eine Welt, in der Technologie als Machtinstrument über demokratische Prinzipien gestellt wird.
- Abwertung von Datenschutz und Grundrechten: Palantir lehnt „hochtrabende Rhetorik“ über Menschenrechte ab und fordert stattdessen „harte Machtinstrumente“ – eine klare Absage an unsere Werte von Freiheit, Datenschutz und demokratischer Kontrolle.

Die Nutzung von Palantir-Software durch deutsche Behörden bedeutet damit nicht nur eine technische, sondern auch eine ideologische Abhängigkeit von einem Unternehmen, das Überwachung, Militarisierung und kulturelle Diskriminierung aktiv vorantreibt.

Während die Grüne Bundestagsfraktion sich für digitale Souveränität und gegen Abhängigkeiten von US-Konzernen einsetzt, wird Palantir in NRW (CDU/Grüne) und Baden-Württemberg (Grüne/CDU) genutzt – trotz massiver interner Widerstände:

- In Baden-Württemberg erzwang die Grüne Basis eine Urabstimmung gegen Palantir, nachdem die Fraktion dem Einsatz zugestimmt hatte. Das offenbart einen tiefen Riss zwischen Fraktion und Mitgliedschaft.
- In NRW wurde Palantir mit Zustimmung der Grünen Landtagsfraktion eingeführt, obwohl es massive Bedenken aus der eigenen Partei und von Datenschützern gab.
- Der BDK-Beschluss der Grünen zur digitalen Souveränität (November 2025) fordert explizit, Abhängigkeiten von nicht-europäischen Technologien zu beenden und europäische Alternativen zu fördern. Der Einsatz von Palantir – einer US-amerikanischen Überwachungssoftware mit antidemokratischer Agenda – steht damit in direktem Widerspruch zu unseren eigenen Parteibeschlüssen und untergräbt die Glaubwürdigkeit der Grünen in der Digitalpolitik.

Palantir passt nicht zu uns – und wir dürfen nicht zu Palantir passen!

Wir Grünen stehen für Grundrechte, Datenschutz und demokratische Kontrolle. Der Einsatz von Palantir in NRW untergräbt diese Werte. Wir können nicht gleichzeitig gegen Überwachung, Militarisierung und kulturelle Diskriminierung kämpfen und ein Unternehmen unterstützen, das genau diese Ziele verfolgt.

Überwachung, Militarisierung und kulturelle Diskriminierung sind kein „Kollateralschaden“ – sie sind Palantirs Geschäftsmodell.

Wir müssen jetzt handeln mit einem Stopp von Palantir und einer Reform des Polizeigesetzes. Die LDK NRW muss dazu ein klares Signal setzen:

- Keine Aushebelung der Verfassung
- Digitale Souveränität als Ziel des politischen Handelns

Quellen:

- Landesdatenschutzbeauftragte NRW zu Palantir (2021–2026)
- Verfassungsbeschwerde gegen Palantir in NRW
- Urabstimmung der Grünen BW gegen Palantir (2026)
- BDK-Beschlüsse der Grünen zur digitalen Souveränität (November 2025)
- ZDF, DW, Euronews, Dataconomy zu Palantir-Manifest (April 2026)

Unabhängige Kommission zum politischen Handeln zu den Castor-Transporten

Antragsteller\*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Status: Unterstützer\*innen sammeln

## Antragstext

- 1 Die LDK NRW fordert den Landesvorstand auf, eine unabhängige Kommission  
2 einzusetzen, die die Umstände der Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus  
3 aufarbeitet.
- 4 Die Kommission soll
  - 5 1. analysieren, wie es trotz unserer klaren Positionierungen in LDK-  
6 Beschlüssen und im Koalitionsvertrag zur Durchführung der Transporte  
7 kommen konnte,
  - 8 2. Herausforderungen und Entscheidungsprozesse identifizieren, die dazu  
9 führten, dass unsere Beschlüsse nicht umgesetzt wurden,
  - 10 3. Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie wir künftig eine kohärente Umsetzung  
11 unserer Parteibeschlüsse und Koalitionsvereinbarungen in Regierungsarbeit  
12 sicherstellen können,
  - 13 4. der LDK NRW und der Öffentlichkeit zeitnah über ihre Ergebnisse berichten.

## Begründung

Die Durchführung der Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus steht in einem offensichtlichen Spannungsverhältnis zu unseren demokratisch legitimierten Positionierungen:

- Der Schwarz-Grüne Koalitionsvertrag 2022–2027 für NRW lehnt die Transporte ab: „Wir lehnen die geplanten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus ab und setzen uns für eine sichere Zwischenlagerung am Standort Jülich ein.“
- Wir haben in zwei LDK-Beschlüssen (Juni 2024, Mai 2025) die Transporte explizit abgelehnt und die Landesregierung aufgefordert, den Koalitionsvertrag umzusetzen, der eine Lösung in Jülich vorsieht.

Trotz dieser klaren Vorgaben wurden die Transporte nicht verhindert. Eine Aufarbeitung ist notwendig, um zu verstehen, welche politischen, rechtlichen oder organisatorischen Faktoren dazu führten, dass unsere Beschlusslage und das Regierungshandeln auseinanderfielen.

Das Scheitern bei der Verhinderung der Castor-Transporte wirft die Frage auf, ob wir Grünen in NRW langfristig Gefahr laufen, unsere inhaltlichen Grundsätze zugunsten von Regierungsroutinen aufzugeben. Historisch zeigt sich, dass Parteien, die über Jahre hinweg Regierungsverantwortung tragen, zunehmend eigene Beschlüsse relativieren – nicht aus Überzeugung, sondern aus dem Zwang des Machbaren.

Die Castor-Transporte sind für uns ein Alarmzeichen: Wenn wir trotz klarer Beschlüsse und Koalitionsvereinbarungen zentrale Forderungen nicht durchsetzen, verlieren wir nicht nur an

Glaubwürdigkeit, sondern riskieren, unsere politische Identität preiszugeben. Die Gefahr besteht, dass aus uns – einer Bewegung, die gesellschaftlichen Wandel gestalten will – eine Partei wird, die vor allem eines im Blick hat: den Erhalt der Regierungsbeteiligung, selbst um den Preis unserer Grundsätze.

Die Aufarbeitung der Castor-Transporte ist für uns mehr als eine technische Analyse – sie ist eine Weichenstellung für unsere Zukunft. Nur wenn unsere Beschlüsse verbindlich umgesetzt werden, bleiben wir handlungsfähig und vertrauenswürdig.

Die Kommission soll aufzeigen, wie wir sicherstellen können, dass unsere inhaltlichen Überzeugungen – wie der Atomausstieg oder die Vermeidung unnötiger Risiken – nicht dem Regierungsalltag geopfert werden. Die Ergebnisse müssen die Grundlage für eine offene Debatte in unserer Partei sein: Wie können wir verhindern, dass aus uns eine Partei wird, die Regieren zur Selbstzweck erklärt?

Die Kommission kann sich an der Studie „Strukturen des Fortschritts - Die grüne Regierungspraxis in der Ampel-Koalition“ orientieren, die im Juni 2025 als Auftragsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht wurde. Ziel der Studie war es, über den Blick hinter die Kulissen einen Beitrag zu leisten zum Verständnis der Komplexität der politischen Prozesse.

Die Castor-Transporte sind für uns mehr als ein logistisches Problem – sie sind ein Prüfstein für unsere Zukunft. Entweder wir lernen aus diesem Versagen und stärken die Bindung unserer Regierungsarbeit an unsere Beschlüsse. Oder wir riskieren, den Weg zu gehen, den andere Parteien vor uns gegangen sind: am Ende nur noch zu regieren, ohne zu gestalten.

Die LDK muss diese Weichenstellung jetzt einleiten – für eine Partei, die ihre Prinzipien lebt.

Unabhängige Kommission zum politischen Handeln zu den Castor-Transporte

Antragsteller\*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

## Antragstext

- 1 Die LDK NRW fordert den Landesvorstand auf, eine unabhängige Kommission  
2 einzusetzen, die die Umstände der Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus  
3 aufarbeitet.
- 4 Die Kommission soll
  - 5 1. analysieren, wie es trotz unserer klaren Positionierungen in LDK-  
6 Beschlüssen und im Koalitionsvertrag zur Durchführung der Transporte  
7 kommen konnte,
  - 8 2. Herausforderungen und Entscheidungsprozesse identifizieren, die dazu  
9 führten, dass unsere Beschlüsse nicht umgesetzt wurden,
  - 10 3. Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie wir künftig eine kohärente Umsetzung  
11 unserer Parteibeschlüsse und Koalitionsvereinbarungen in Regierungsarbeit  
12 sicherstellen können,
  - 13 4. der LDK NRW und der Öffentlichkeit zeitnah über ihre Ergebnisse berichten.

## Begründung

Die Durchführung der Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus steht in einem offensichtlichen Spannungsverhältnis zu unseren demokratisch legitimierten Positionierungen:

- Der Schwarz-Grüne Koalitionsvertrag 2022–2027 für NRW lehnt die Transporte ab: „Wir lehnen die geplanten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus ab und setzen uns für eine sichere Zwischenlagerung am Standort Jülich ein.“
- Wir haben in zwei LDK-Beschlüssen (Juni 2024, Mai 2025) die Transporte explizit abgelehnt und die Landesregierung aufgefordert, den Koalitionsvertrag umzusetzen, der eine Lösung in Jülich vorsieht.

Trotz dieser klaren Vorgaben wurden die Transporte nicht verhindert. Eine Aufarbeitung ist notwendig, um zu verstehen, welche politischen, rechtlichen oder organisatorischen Faktoren dazu führten, dass unsere Beschlusslage und das Regierungshandeln auseinanderfielen.

Das Scheitern bei der Verhinderung der Castor-Transporte wirft die Frage auf, ob wir Grünen in NRW langfristig Gefahr laufen, unsere inhaltlichen Grundsätze zugunsten von Regierungsroutinen aufzugeben. Historisch zeigt sich, dass Parteien, die über Jahre hinweg Regierungsverantwortung tragen, zunehmend eigene Beschlüsse relativieren – nicht aus Überzeugung, sondern aus dem Zwang des Machbaren.

Die Castor-Transporte sind für uns ein Alarmzeichen: Wenn wir trotz klarer Beschlüsse und Koalitionsvereinbarungen zentrale Forderungen nicht durchsetzen, verlieren wir nicht nur an

Glaubwürdigkeit, sondern riskieren, unsere politische Identität preiszugeben. Die Gefahr besteht, dass aus uns – einer Bewegung, die gesellschaftlichen Wandel gestalten will – eine Partei wird, die vor allem eines im Blick hat: den Erhalt der Regierungsbeteiligung, selbst um den Preis unserer Grundsätze.

Die Aufarbeitung der Castor-Transporte ist für uns mehr als eine technische Analyse – sie ist eine Weichenstellung für unsere Zukunft. Nur wenn unsere Beschlüsse verbindlich umgesetzt werden, bleiben wir handlungsfähig und vertrauenswürdig.

Die Kommission soll aufzeigen, wie wir sicherstellen können, dass unsere inhaltlichen Überzeugungen – wie der Atomausstieg oder die Vermeidung unnötiger Risiken – nicht dem Regierungsalltag geopfert werden. Die Ergebnisse müssen die Grundlage für eine offene Debatte in unserer Partei sein: Wie können wir verhindern, dass aus uns eine Partei wird, die Regieren zur Selbstzweck erklärt?

Die Kommission kann sich an der Studie „Strukturen des Fortschritts - Die grüne Regierungspraxis in der Ampel-Koalition“ orientieren, die im Juni 2025 als Auftragsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht wurde. Ziel der Studie war es, über den Blick hinter die Kulissen einen Beitrag zu leisten zum Verständnis der Komplexität der politischen Prozesse.

Die Castor-Transporte sind für uns mehr als ein logistisches Problem – sie sind ein Prüfstein für unsere Zukunft. Entweder wir lernen aus diesem Versagen und stärken die Bindung unserer Regierungsarbeit an unsere Beschlüsse. Oder wir riskieren, den Weg zu gehen, den andere Parteien vor uns gegangen sind: am Ende nur noch zu regieren, ohne zu gestalten.

Die LDK muss diese Weichenstellung jetzt einleiten – für eine Partei, die ihre Prinzipien lebt.

## F-01 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand NRW  
Beschlussdatum: 24.04.2026  
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

## Antragstext

- 1 Tagesordnung
- 2 1. Begrüßung & Formalia
- 3 2. Aktuelle Politische Lage
- 4 3. Leitanträge
- 5 3.1 Unabhängig von Öl, Gas und Diktatoren
- 6 3.2 Bis es für alle Frauen gilt: Sicherheit, Freiheit und Gleichberechtigung!
- 7 4. Haushalt und Finanzen
- 8 5. Wahlen
- 9 5.1 Landesvorstand
- 10 5.2 Rechnungsprüfer\*innen
- 11 5.3 Landesschiedsgericht
- 12 6. Satzungen/Statute
- 13 7. Berichte
- 14 8. Verschiedenes